

Osteraktion der Friedensbewegung

Auch in Göttingen wird es wieder eine Osteraktion geben:

Sa., 19.4., 12.00 Uhr, Nabel, Weender Straße

Im Mittelpunkt der Göttinger Aktion wird das „tödliche“, 500 Mrd. umfassende Sondervermögen für Waffensysteme sein. Wobei: Dieses sog. „Vermögen“ sind reine Schulden!

„Wir müssen uns wieder verteidigen können“, so schallt es aus allen Medien. Die beiden letzten Male, als Deutschland sich „verteidigen“ musste, überzogen - zunächst das Kaiserreich, dann der Faschismus - die Welt mit Angriffskriegen:

„Das große Karthago führte drei Kriege. Nach dem ersten war es noch mächtig. Nach dem zweiten war es noch bewohnbar. Nach dem dritten war es nicht mehr aufzufinden.“
(Bertolt Brecht)



Im Internet:

<https://www.goettinger-linke.de/1532-2/>

Kontakt

Post: Göttinger Blätter
Lange Geismarstraße 2
37083Göttingen

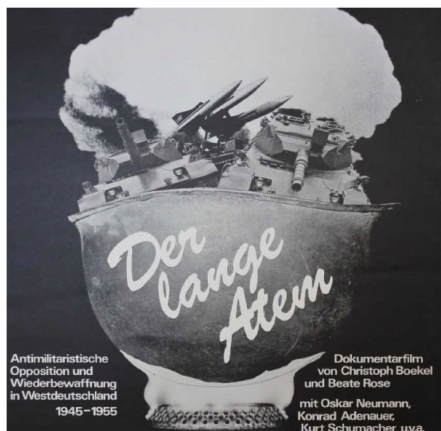
Druck: Druckerei Wittchen
Telefon: 05503 3008

Inhalt

Osteraktion der Friedensbewegung	1
VVN-BdA	2
FG Cuba	3
DKP	4
Grobian	5
BSW im Kreistag	6
Göttinger Linke	7
Ratsinfo	8

Redaktionsschluss

für die Ausgabe 04.2025
ist der 24. April
Auslieferung voraussichtlich am 29.04.2025



Antimilitaristische
Opposition und
Wiederbewaffnung
in Westdeutschland
1945-1955

Dokumentarfilm
von Christoph Boekel
und Beate Rose
mit Oskar Neumann,
Konrad Adenauer,
Kurt Schumacher uva.

„Der lange Atem“ anzusehen. Dieser Film zeigt eindrucksvoll, wie 5 Jahre nach der bedingungslosen Kapitulation Nazi-Deutschlands in den 1950er Jahren die Wiederbewaffnung Westdeutschlands gegen den Willen der großen Mehrheit der Bevölkerung durchgesetzt wurde. Im Anschluss besteht die Möglichkeit mit dem Filmemacher Christoph Boekel über das Geschehene und seinen Film zu diskutieren:
Do., 17. April, 19.30 Uhr
Kino Lumiere, Geismarlandstr.

Kino Lumiere, Geismarlandstr.

Am 24.02.2025 jährte sich der Beginn des Ukraine-Krieges zum dritten Mal. Viel ist in dieser Zeit passiert... Zerstörte Städte, unzählige Tote, Leid und Hoffnungslosigkeit begleiten uns tagtäglich in den Nachrichten. Und zu oft stellt sich nur eine Frage: Warum? Müsstens die grausamen Ereignisse der Vergangenheit nicht immer wieder deutlich gemacht haben, dass Krieg, Gewalt und Zerstörung niemals zur Einigung führen - im Gegenteil! Trotzdem erfolgen keine Friedensverhandlungen, das Wettrüsten beschleunigt sich und weltweit eskalieren die Konflikte. Ein Kreislauf, wie schon so oft erlebt in der Geschichte...

Aus diesem Grund möchten wir von der IPPNW Sie herzlich am 17.04. ins Kino Lumière einladen, um gemeinsam den Film „Der

**Zum 80. Jahrestag der Befreiung Italiens
von der deutschen Besatzung**

**DIE FRAUEN
UND
DIE SCHULEN
VON
REGGIO
EMILIA**



Film: 24. April, 20.00 Uhr, Kino Lumiere
Multimedia-Lesung: 25. April, 19.00 Uhr,
Buchladen Rote Str.



Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten

<https://niedersachsen.vvn-bda.de> • <https://antifa.vvn-bda.de>

Lagergemeinschaft und Gedenkstätte KZ Moringen e.V. und die KZ-Gedenkstätte Moringen laden Sie herzlich ein zu

Gedenkveranstaltung anlässlich des 80. Jahrestages der Befreiung des Jugend-KZ Moringen am Mittwoch, den 9. April um 18:30Uhr, in der Liebfrauenkirche Moringen

Im Anschluss wird es gemeinsam zum Stadtfriedhof gehen. Dort werden Kränze und Blumen an den Gräbern der Verfolgten nieder gelegt.

Am selben Tag wird es zudem von 16:30 – 18:15 Uhr einen öffentlichen Rundgang zur Geschichte des Jugend-KZ Moringen mit Zugang zum historischen Gelände, heute Maßregelvollzugszentrum Niedersachsen, geben. Treffpunkt ist das Torhaus, Lange Straße 58, Moringen. Eine Anmeldung hierzu ist erforderlich und kann telefonisch sowie per Mail erfolgen, unter:
info@gedenksatette-moringen.de
oder 05554 2520

Folgend nun ein Beitrag des Landesverbandes Hessen aus der „antifa“, dem Magazin der VVN- BdA für antifaschistische Politik und Kultur.

Es handelt sich um die Rede von Dieter Bahndorf, VVN-BdA KV Frankfurt a. M., welche er anlässlich der Mahnwache beim Sockel der gestürzten Bismarck-Statue in Frankfurt-Höchst am 15. Dezember 2024 gehalten hat.

Lasst Otto ruhen!

„In der Nacht vom 14. auf den 15. November stürzte Otto von Bismarck von seinem Sockel in Frankfurt-Höchst.

Wir fragen: War er müde? Ging es ihm nicht gut? Hat er seine Missetaten endlich eingesehen?

Otto von Bismarck zeichnete in seiner Zeit als

Kanzler für die Kolonisierung afrikanischer Regionen zum Deutschen Kaiserreich verantwortlich. Weiterhin ließ er die heute älteste Partei Deutschlands verbieten, sie hat ihn jedoch um über 100 Jahre überlebt und stellt momentan den Kanzler. 1888 war Bismarck mit einer Gesetzesvorlage gescheitert, der zufolge Sozialdemokraten förmlich als Deutsche hätten ausgebürgert werden können.

Diese Art von ‚Remigration‘ kennen wir auch aus Forderungen heutiger deutscher Parteien von der extremen Rechten. Der inoffizielle Führer der AfD Björn Höcke fand in einer Rede in Erfurt 2015, das deutsche Kaiserreich sei eine ‚Hochzeit unseres Volkes‘ gewesen. Wir finden: Lasst Otto ruhen! Hoch lebe Manga Bell!

Rudolf Duala Manga Bell, Anführer des Widerstandes gegen die widerrechtliche Vertreibung der Duala aus ihren angestammten Siedlungsgebieten in der deutschen Kolonie Kamerun, wurde mit seinem Sekretär Ngoso Din am 8. August 1914 in Duala von den deutschen Kolonialherren durch Erhängen hingerichtet.“

*„D’rum Freunde laßt uns den Freunden gedenken,
das Banner zur Ehrung, das woll’n wir hier senken
und Einigkeit herrscht bei uns Letzten allein:
so ‘was wie damals, darf nie wieder sein!“*

Werner Christ (1924-1998), Überlebender des Jugend-KZ Moringen, Auszug aus einem Gedicht von 1986, Archiv der KZ-Gedenkstätte Moringen.

Termine

Dienstag, 22.04.2025, 16:30 Uhr
Antifaschistischer Stammtisch
Treffpunkt ist das „Cafe INTI“,
Wilhelmsplatz, Göttingen.

Antifaschist*innen aus dem Raum Göttingen und Umgebung besprechen bei den Treffen geplante und potenzielle Vorhaben und alles, was noch politisch in Göttingen ansteht.

Reaktionen

Wie mit der Bismarck-Statue weiter verfahren werden soll - ob das Denkmal wieder aufgebaut, ob eine Zusatzplakette mit der umstrittenen Einschätzung Bismarcks angebracht werden oder ob „Otto ruhen“ soll - ist bei Anwohner*innen in Höchst, im Ortsbeirat und in der Politik strittig. Die Junge Union rühmt den „eisernen Kanzler“ - zur Verwunderung der VVN-BdA, denn Bismarck bekämpfte das katholische Zentrum, in dessen Nachfolge die CDU steht, im Kulturkampf der 1870er und 1880er Jahre heftig.

Einige Teilnehmende der Mahnwache brachten nach Dieters Rede Nachdenklichkeit und eine „Zwischen-position“ zum Ausdruck. Andere drückten Zustimmung und ihre Bereitschaft aus, zusammen mit der VVN-BdA an diesem Thema zu arbeiten.

Es hat sich also gelohnt, Kenntnisse über die Bismarcksche Kolonialpolitik in die Gesellschaft zu tragen.

Freundschaftsgesellschaft BRD - Kuba Regionalgruppe Göttingen

c/o Rotes Zentrum, Lange-Geismar-Straße 2, 37073 Göttingen
e-mail: goettingen@fgbrdkuba.de • www.fgbrdkuba.de

Mitgliederversammlung

8. April, 19:00 Uhr, Kleiner Ratskeller, Judenstraße



Barbados verurteilt Sanktionen gegen medizinische Zusammenarbeit mit Kuba

Von Prensa Latina, Redaktion

Bridgetown. Die Premierministerin von Barbados, Mia Motley, hat die Strafmaßnahmen der Regierung der USA gegen die medizinische Zusammenarbeit mit Kuba zurückgewiesen und erklärt, dass es eine Frage des Prinzips sei, diese zu verteidigen. Motley wies die Drohungen der US-Administration bezüglich des angeblichen Menschenhandels bei der Annahme der kubanischen Zusammenarbeit zurück und erinnerte daran, dass ihre Regierung eine solche Behauptung bereits verurteilt hatte, als sie während der Regierung von Präsident Joe Biden erhoben wurde.

„Ohne kubanische Ärzte und Krankenschwestern hätten wir die Covid 19-Pandemie nicht überwinden können“, sagte sie. Zugleich betonte sie, dass sie sich durch den Verlust ihres Einreisevisums in die USA nicht einschüchtern lasse, wenn die US-Regierung dies nicht verstehe.

Motley bezog sich damit auf die jüngste Entscheidung des State Department, denjenigen, die das kubanische Programm zur Zusammenarbeit im Gesundheitsbereich unterstützt haben oder unterstützen, das Visum zu entziehen.

Sie bekräftigte ihre Bereitschaft, zusammen mit den anderen Karibikstaaten gegenüber den USA deutlich zu machen, dass „das,

was die Kubaner für uns getan haben – weit davon entfernt, einem Menschenhandel zu ähneln – das Leben und das Augenlicht vieler Menschen in der Karibik gerettet hat.“ US-Außenminister Marco Rubio hatte Ende Februar erklärt, dass die Erteilung von Visa an aktuelle oder ehemalige kubanische Regierungsbeamte und andere Personen verweigert werde, wenn sie von US-Stellen als „mutmaßliche Komplizen“ des internationalen Gesundheitsprogramms von Kuba definiert werden. Betroffen sollen auch ausländische Regierungsvertreter und deren Familienangehörige sein, die damit zu tun hatten.

Kubas medizinische Missionen im Ausland sind hochgeschätzt und äußerst nützlich in den Empfängerländern. Allein während der Covid 19-Pandemie waren 58 kubanische Ärztebrigaden in 42 Ländern Europas, Amerikas, Afrikas, Asiens und Ozeaniens im Einsatz. Wie die Nachrichtenagentur Reuters schreibt, habe Kuba seit seiner Revolution 1959 im Namen der Solidarität eine „Armee weißer Kittel“ an Orte von Katastrophen und Krankheitsausbrüchen auf der ganzen Welt entsandt. Im letzten Jahrzehnt hätten sie auch die Cholera in Haiti und Ebola in Westafrika bekämpft.

Granma Internacional bestellen!



Die deutschsprachige Granma Internacional ist eine cubanische Monatszeitung der PCC, der Kommunistischen Partei Cubas. In der Granma finden Sie aktuelle Berichte und Reportagen aus Cuba. Sie wird von der Verlag 8. Mai GmbH vertrieben

Für einige dieser Auslandseinsätze erhalten die zuständigen Institutionen in Kuba Gelder für die erbrachten Dienstleistungen. Mit einem Teil dieser Einnahmen wird das kubanische Gesundheitspersonal bezahlt, der Großteil fließt in das kubanische Gesundheitssystem und in die Ausbildung neuer Ärzte. Die USA werfen Kuba deswegen vor, Menschenhandel zu betreiben.

Lehren für heute vom Beispiel der Zweiten Front Frank País

Blumengebinde von Raúl, Díaz-Canel und Lazo, ein weiteres im Namen des kubanischen Volkes und der Blumenstraße für Vilma begleiteten die Ehrung der Kämpfer dieser Guerillafront



Mayarí arriba, Santiago de Cuba. Das Bergdorf, in der die Zweite Front Frank País

García operierte, gedachte des 67. Jahrestages ihrer Gründung durch den damaligen Kommandanten Raúl Castro Ruz. Heute war hier der Erste Oberst Alberto Vázquez García anwesend, einer der Guerrillakämpfer, die den Kern bildeten, aus dem der so treffend benannte „revolutionäre Staat im Staat“ entstand.

reste der Frontkämpfer ruhen, wurden im Namen von Armeegeneral Raúl Castro Ruz, dem Führer der kubanischen Revolution, des Ersten Sekretärs des Zentralkomitees der Partei und Präsidenten der Republik, Miguel Díaz-Canel Bermúdez, des Präsidenten der Nationalversammlung und des Staatsrats, Esteban Lazo Hernández, und im Namen des kubanischen Volkes Blumengebinde niedergelegt.

An Blumen für die Helden der Sierra und des Llano, Vilma Espín Guillois, durften dabei nicht fehlen.

Im Mausoleum, in dem die sterblichen Über-

Deutsche Kommunistische Partei

Kreisverband Göttingen

Rotes Zentrum, Lange Geismarstraße 2, 37083 Göttingen,

<https://goettingen.dkp.de> ★ goettingen@dkp.de



Das werden wir bezahlen

Gigantische Rüstungsschulden müssen bedient werden: das „Haushaltssicherungskonzept“ war nur der Anfang der Abwälzung der Kriegskredite auf die Bevölkerung

Die Dimensionen dessen, was da am 18. März im Bundestag, und dann am 21. März auch im Bundesrat beschlossen wurde, scheint noch nicht wirklich begriffen worden zu sein. Anders ist es nicht zu erklären, dass selbst Teilen der Gewerkschaften zum größten deutschen Aufrüstungsprojekt seit den Fünfziger-, wenn nicht den Dreißigerjahren, nur der Jubel über eine angekratzte Schuldenbremse einfällt. Dass die versprochenen Investitionen in Infrastruktur dem Zweck dienen, Panzer wieder über tragfähige Brücken gen Osten rollen lassen zu können, wird ausgeblendet. (Ebenso das damit ausgesprochene Eingeständnis, dass die Gefahr, die von den maroden Brücken für schnöde Zivilisten die ganze Zeit über ausgegangen ist, für die Herrschenden offensichtlich kein Problem war.) Beschlossen wurde die endgültige Umkrepelung des Landes auf Kriegswirtschaft, „whatever it takes“ (O-Ton Merz).

Man muss kein Hellseher sein, um zu wissen, dass von den unfassbaren Summen, die sich der Staat jetzt in seinem rüstungskeyensianischen Fieber gönnt, keine einzige Schule saniert, keine einzige Erzieherin eingestellt, kein einziges Krankenhaus gerettet werden wird. Das Gegenteil wird angekündigt: Merz beklagt ein Haushaltsloch von 40 Milliarden, soziale „Wohltaten“ sollen radikal gestrichen, das Bürgergeld weiter gekürzt, das Rentenniveau angegriffen, ein Feiertag abgeschafft werden. Staaten können sich verschulden, so hoch

sie wollen, solange ihnen die Gläubiger glauben, dass sie prinzipiell in der Lage sind, die Schulden auch zu bedienen. Diesen Glauben erhält man nicht aufrecht, in dem man sozialstaatliche Leistungen ausbaut, sondern indem man brav den entstandenen Zinsverpflichtungen nachkommt und den Standort „auf Vordermann“ bringt. Es ist darum kein Zufall, dass die Arbeitgeber die Tarifverhandlungen im Öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen am selben Tag haben scheitern lassen, an dem die Kriegskredite beschlossen wurden. Das Signal ist eindeutig: für uns soll kein Geld mehr da sein!

Der Kurs lautet einmal mehr: Kanonen statt Butter. Einen Vorgesmack darauf haben wir in Göttingen im vergangenen Jahr mit der Vorlage eines „Haus-

Mitgliederversammlungen:

Dienstag, 01. April

Thema: Diskussion um das Parteivorstands-Referat „Übergang zur Kriegswirtschaft? - Probleme und Widersprüche“

Dienstag, 15. April

Das Thema dieser Versammlung stand zum Redaktionschluss noch nicht fest

haltssicherungskonzepts“ erhalten. Schon die aktuelle finanzielle Klemme der Stadt Göttingen hat direkt mit dem letzten 100-Milliarden-Sondervermögen für Rüstung und Krieg zu tun. Die größten darin vorgesehenen Schweinereien wie verteuertes Schulesen, höhere Kita-Gebühren und reduzierte Betreuungszeiten oder das Streichen der Gelder für die offene Jugendarbeit, konnten durch entschiedenen Protest noch abgewendet werden. Das Konzept selbst ist aber in Kraft und angesichts des nun aufgenommenen Schuldenberges, gegen den die 100 Milliarden

ein Klacks waren, ganz sicher nicht das Ende der Fahnenstange. Die Kriegspolitik werden wir bezahlen und darum kommt die nächste Runde von Streichungen, Einsparungen und Kostenerhöhungen garantiert. Mache also niemand den Fehler und halte Meldungen der Lokalpresse über die Erhöhung der Hundesteuer, die neuen Parkgebühren in der Oststadt oder die Debatte über eine Verpackungssteuer für zu vernachlässigendes Kleinklein.

Sie werden sich das Geld von uns holen und wir sind gut beraten, an keiner Stelle nachzugeben und jetzt schon den Widerstand zu organisieren gegen den nächsten Großangriff.

„Denn der Menschheit drohen Kriege, gegen welche die vergangenen wie armselige Versuche sind und sie werden kommen ohne jeden Zweifel, wenn denen, die sie vorbereiten, nicht die Hände gebunden werden.“

– Bertolt Brecht



GROBIAN GRONER BÜRGER INITIATIVE ANTIFASCHISMUS

- ☛ Kontakt unter 0551-93435 (Gunnar)
- ☛ Mail: grobian-grone@web.de
- ☛ Treffen: Montags, 19.00 Uhr



unser Kooperations- u. Bildungspartner:



Verein Niedersächsischer
BILDUNGSINITIATIVEN e.V.

„Preisgünstiges“ Wohnen in Grone

Im Westen Göttingens, in Grone, so heißt es, kann mensch noch einigermaßen preisgünstig wohnen. Aber private Vermieter und auch die entsprechenden Mehrheiten im Rat und im Ortsrat Grone tun alles dafür, damit das nicht so bleibt. Hier zwei ganz aktuelle Beispiele:



Harzstr. 11, Grone-Süd

Wohnung zu vermieten: 1-Zimmer, Küche, Bad
Kaltmiete: 500 Euro für 26,5 m².

Das ist ein Quadratmeterpreis von satten 18,87 €

(veröffentlicht auf immobilienscout24.de v. 20.3.25 durch die JUG Unternehmungsgesellschaft (hb))

Diese zwei Beispiele zeigen exemplarisch die vollkommen verfehlte Wohnungspolitik in Göttingen: Links in der Harzstr. ein privater Vermieter (es heißt immer, es sei Basil), der auch etwas vom Kuchen abbekommen und seine Renditen steigern will – und nach

unserem Recht auch darf.

Rechts im Rodeweg auf dem Gelände der ehemaligen „Blauen Hallen“: Hier sollten preiswerte Häuser vor allem für junge Familien – statt Geschosswohnungsbau – ent-



Rodeweg, Grone-Süd, Reihennittelhaus

Seit rd. ¼ Jahr fertiggestellt; bisher zwei Häuser bewohnt.

Kaufpreis: 722.000 €

(Maler- und Bodenbelagsarbeiten können gegen Aufpreis durch den Bauträger ausgeführt werden, kosten also extra!)

(Veröffentlicht auf immobilien.sparkasse.de v. 20.3.25)

stehen, so die Ortsbürgermeisterin vor einigen Jahren. Bezugsfertig mit „Maler- und Fußbodenarbeiten“, Gebühren, Steuern und Maklerkosten wahrscheinlich nicht unter 850.000 €. Ein El Dorado für junge Familien ...

Winterkino Grone 2024/25

So sah die „Saison“ aus:

Mit einem Zuschauerrekord von 286 BesucherInnen bei 6 Vorstellungen konnte das Winterkino 2024/25 wieder einen unfassbaren Erfolg verzeichnen: Durchschnittlich waren dies 47,7 BesucherInnen pro Abend (bei rund 50 Sitzplätzen).

Das Winterkino wird seit über 10 Jahren von den Grobianen, der Jona-Gemeinde und der Bürgerinitiative Grone-Süd veranstaltet und erfreut sich zunehmender Beliebtheit.

Der Zuspruch ist derartig groß, dass bereits einige Maßnahmen diskutiert wurden, ab einer bestimmten Zuschauerzahl den Raum zu schließen.

Der „Vorführraum“ und die Toiletten sind behindertengerecht erreichbar und sicher ein „Knüller“ ist das im symbolischen Eintrittspreis von 2,00 Euro enthaltene „kleine“ Abendessen sowie die Gelegenheit, Getränke vor, während und nach der Vorstellung zu sich nehmen zu können:

Die Besuchserschaft ist im Wesentlichen – leider – „ü50“ und „wuzeldeutsch“. Das bedeutet, dass es uns – bis auf Ausnahmen – nicht gelingt, jüngere Menschen oder Menschen mit Migrationshintergrund zu gewinnen.

Hierzu werden die Veranstalter in der Auswertung kritisch und selbstkritisch diskutieren und Weiterentwicklungen besprechen.



BSW - Fraktion im Kreistag Göttingen

Kreistag im März: Schwerpunkt Haushalt

Wieder gibt es im Landkreis Göttingen für die Jahre 2025 und 2026 einen Doppelhaushalt, der etwas verspätet in der Kreistagssitzung am 19. März verabschiedet wurde. Insgesamt wurde dabei über Einnahmen und Ausgaben in Höhe von über 1,7 Milliarden Euro beschlossen. Inzwischen ist die Haushaltsplanung, auch für die kommenden Haushaltsjahre, wieder deutlich im defizitären Bereich angelangt wie im Februar berichtet wurde.

Bei der Gesamtabstimmung zum Haushalt haben wir uns enthalten. Eckhard Fascher äußerte sich kritisch zur Umsetzung von Hartz IV im Landkreis.

Er vermerkte positiv, dass zahlreiche unserer Änderungsanträge berücksichtigt worden: so etwa der Zuschuss zum Erhalt der Zwangsarbeiter-Ausstellung, zum Projekt SCHLAU (ein ehrenamtliches Bildungs- und Aufklärungsprojekt zu den Themen sexueller und geschlechtlicher Vielfalt), zur Bezuschussung von Beratungsstellen im sozialen Bereich, des Jungen Theaters oder von MediNetz (anonyme Unterstützung von Flüchtlingen und Migranten in medizinischen Fragen). Einige wenige Anträge von uns wurden allerdings abgelehnt wie zum Beispiel ein Zuschuss für die Tafeln.

Den Stellenplan konnten wir zustimmen. Der Personalrat hatte hier das Benehmen hergestellt.

Begrüßt wurde von unserer Seite auch der Investitionsplan und die Haltung des Landrates, zu investieren statt an der „schwarzen Null“ festzuhalten. Dieses Ziel wird von der CDU allerdings noch nicht aufgegeben. In diesem Zusammenhang verwies deren Redner Harm Adam auf die alte Mär von der angeblichen „Verschiebung der Last auf kommende Generationen“. Aber auch sonst gibt es bei der CDU wohl keinen Anlass, vom neoliberalen Kurs abzurücken. Zu sehr muss in diesen

Kreisen auf die Interessen der Privilegierten geachtet werden, die genauso radikal verteidigt werden, wie man die Grundbedürfnisse der Benachteiligten angreift, wenngleich sich Adam von einem solchen Kurs verbal distanzierte, da er nicht (wie der argentinische Präsident Milei) „mit der Kettensäge“ herumlaufe. In der Sache aber bleibt alles, wie es war: man sehe ein „Ausgabenproblem“ und die „explodierenden Personalkosten“ würden in keinem Verhältnis zu den Tarifsteigerungen stehen.

Zumindest bei der SPD ist ein allmählicher Kurswechsel erkennbar, die sogenannte „Schuldenbremse“ wird nicht mehr wie ein Heiligtum verehrt. Ihr Fraktionsvorsitzender Heinze machte noch einmal deutlich, wie wichtig es sei, stattdessen Investitionen in unserem Land zu ermöglichen.

Insgesamt betrachtet gibt es zwar positive Entwicklungen betreffend die Grundhaltung in der Haushaltspolitik; dem steht jedoch gegenüber, dass die Kommunalpolitik nach wie vor nur über lächerlich geringe Summen überhaupt politisch entscheiden kann. Und die Einstellung gegenüber den Bedürftigen hat sich ohnehin nicht geändert, auch nicht bei der SPD.

Neben der Haushaltsdebatte gab es zu den Kommunalfinzen noch eine von der CDU, der FDP und der Wählergemeinschaft eingebrachte Resolution an die Bundes- und Landespolitik. Der Kreistag des Landkreises Göttingen fordert, dass der Bund nicht ständig neue Aufgaben auf die Kommunen überträgt, um die bereits bestehende Überlastung der Kommunen nicht weiter zu erhöhen. Des Weiteren fordert er die strikte Einhaltung des Konnexitätsprinzips, um sicherzustellen, dass die Kommunen nicht mit den Kosten für Aufgaben belastet werden, die ihnen von Bund oder Land übertragen

Kontakt

BSW-Fraktion im Kreistag Göttingen

Kreishaus, Raum 066
Reinhäuser Landstr. 4
37083 Göttingen

Tel. 0551/525 - 2108

BSW@landkreisgoettingen.de

*Sprechzeiten: Montag 10 bis 12
+ Donnerstag 14 bis 15:30 Uhr*



wurden („wer bestellt, der bezahlt“). Die BSW-Fraktion hatte zunächst Bedenken zuzustimmen, da der Text ursprünglich versteckte ernzeoliberale Forderungen enthielt. Nachdem die problematischen Formulierungen aber ausgenommen worden, stimmte auch das BSW der einvernehmlich verabschiedeten Resolution zu.

Der Rest der zügig abgearbeiteten Tagesordnung bestand wie üblich aus zahlreichen Vorlagen ohne Diskussionsbedarf oder Mitteilungsvorlagen. Erwähnenswert wäre hier eine Mitteilungsvorlage, in der die Kosten der Streichung der Mindestentfernung in der Schülerbeförderungssatzung errechnet worden. Generell werden die Kosten für die Schülerbeförderung nur für Schüler übernommen, die – dem Schuljahrgang entsprechend – mehr als 2,0 bzw. 3,0 km von der Schule entfernt wohnen. Schüler, für die das zutrifft, haben inzwischen zahlreiche Vorteile, etwa die Nutzung eines Schülertickets auch in der Freizeit im gesamten Verkehrsverbund. Nah an der Schule wohnende Schüler sind so im Nachteil.

Da die Verwaltung für die Aufhebung der Mindestentfernung Mehraufwendungen von über 6 Millionen Euro jährlich errechnet hatte, können diese Nachteile vorerst auch nicht ausgeglichen werden.

Wähler*innengemeinschaft

Göttinger Linke

Spendenkonto:
IBAN: DE75 5209 0000 0041 1265 07

Einladung zur

Mitgliederversammlung der Wähler*innengemeinschaft Göttinger Linke

Termin: Mo., 5. Mai, 18.30 Uhr

Ort: Bürgerhaus Grone, Martin-Luther-Str. 10
(Einfahrt vom Greitweg aus)

Vorschlag für die Tagesordnung

1. Eröffnung und Begrüßung
Wahl der Versammlungsleitung
Feststellung der satzungsgemäßen Einladung
2. Rechenschaftsberichte
* des Sprecher*innenkreises
* der Fraktion und Ortsratsmitglieder
3. Kassenbericht/Revisionsbericht
4. Antrag des SprecherInnenkreises zur Weiterarbeit der GöLinke
5. Diskussion
6. Entlastung des Sprecher*innenkreises und des Kassiers
7. Wahlen
* des SprecherInnenkreises
* der Revisionskommission
8. Beratung weiterer Anträge
9. Verschiedenes
10. Schlusswort

Kontakte:

**Wähler*innengemeinschaft
Göttinger Linke**

Rotes Zentrum,
Lange-Geismarstraße 2, 37073 Göttingen
www.goettinger-linke.de

Sprecher*innenkreis:
Jost Lessmann, Bärbel Safieh, Christa Siebecke,
Gülsan Yalzin
Schatzmeister: Gunnar Siebecke
sprecher.innenkreis@goettinger-linke.de

Gruppe Grone:
grone@goettinger-linke.de
Gruppe Gleichen:
gleichen@goettinger-linke.de

**Fraktion Göttinger Linke
im Rat der Stadt Göttingen**
Neues Rathaus Zi. 403 (4. Stock)
Hiroshimaplatz 1-4, 37083 Göttingen
Telefon: 0551-400 2347
GoeLinke-Ratsfraktion@goettingen.de

Fraktionsmitarbeiter: Tim Schlaf

Öffnungszeiten des Büros:
Mi: 10.00 - 12.00 & 14.00 - 16.00 Uhr
Fr: 10.00 - 13.00 Uhr

Fraktionssitzung:
Mittwoch 17.00 - 18.00 Uhr (öffentlich)

Mandatsträger*innen:
Jost Lessmann (Fraktionsvorsitzender),
Norma Marcienkiwicz,
Torsten Wucherpfennig

Antragsschluss an die MV ist der 20. April. 2025

(Alle dann vorliegenden Anträge vor. werden nach dem 20.4.25 per mail an die Mitglieder verschickt. Mitglieder, die keine mail-Adresse haben, mögen sich bei SprecherInnenkreis melden, damit ein Versand auf dem Postweg erfolgen kann.)

Wir trauern um Frank Schwager

Nachruf:

Am 3. März verstarb unser Genosse Frank Schwager. Frank war Gründungsmitglied der Linken Liste Göttingen und gehörte der Göttinger Linken bis zuletzt an. Fast 20 Jahre, von 2005 bis Februar 2024, hat er die Göttinger Blätter zuverlässig layoutet.

Frank wurde 1954 im niedersächsischen Liebenau geboren und ist dort aufgewachsen. Nach seinem

Abitur hatte er erst Schriftsetzer und dann Tischler gelernt.

Frank war ein belesener, durch und durch politischer Mensch, der seine praktischen Fähigkeiten im Dienste der gemeinsamen Sache stellte ohne etwas dafür zu erwarten und verschiedenen Genossen vor allem beim Layout hilfreich zur Seite stand. Eine seiner Leidenschaften war die Fotografie, so dass er zu jedem Text ein

passendes Bild hatte. Um seine eigene Person ging es ihm dabei nicht, Geld, Positionen und Posten haben ihn nie interessiert. Diese Hilfsbereitschaft lebte er auch im privaten Umfeld.

Frank, wir werden Dich nicht vergessen!

Die Beisetzung findet am 04. April, um 15 Uhr im Friedwald Plesse, Bovenden statt.

Starke Kommunen für Deutschland!

Der Rat möge beschließen:

Der Rat der Stadt Göttingen schließt sich den finanziellen Forderungen des Niedersächsischen Städtetags an, wie zuletzt in dessen Pressemitteilung vom 10.01.2025 formuliert, und fordert Bund und Land dazu auf, umgehend Maßnahmen zu ergreifen, um die Handlungsfähigkeit der Kommunen wiederherzustellen.

Begründung:

Landkreise, Städte und Gemeinden befinden sich mitten in einer kommunalen Finanzkrise, die die Handlungsfähigkeit der Kommunen bedroht. Bereits im Sommer 2021 hatte die Stadt Göttingen gemeinsam mit den Städten Braunschweig, Hannover und Wolfsburg dem Land ein Finanzmemorandum vorlegt, in welchen unter wissenschaftlicher Begleitung von Dr. Manfred Busch dargelegt wurde, dass die Kommunen strukturell unterfinanziert sind. Begründet wurde dies u. a. mit steigenden Kosten in den Bereichen Personal, Soziales, Jugend, ÖPNV, Einbußen bei Steuern wie der Gewerbesteuer, neuen Aufgaben, hohen Standards, etc. In der Folge haben die kommunalen Spitzenverbände regelmäßig auf die sich immer weiter verschärfende Lage hingewiesen. Statt aber die Not der Kommunen ernst zu nehmen und mit den Mitteln auszustatten, die sie für die Erfüllung ihrer Aufgaben vor Ort benötigen, kann vor Ort lediglich noch der Mangel verwaltet werden. Statt notwendiger Investitionen in die Infrastruktur, wird der Investitionsrückstand, der schon bei knapp 200 Milliarden Euro liegt, weiter steigen. Statt notwendiger Unterstützungen in den Bereichen Kultur, Sport, etc. heißt es Sparen und Haushaltssicherung. Damit werden Strukturen zerstört, die sich über Jahrzehnte bewährt und den gesellschaftlichen Zusammenhalt gestützt haben.

Die Kommunen kümmern sich derzeit um 25 % der staatlichen Aufgaben, erhalten jedoch nur 14 % der gesamtstaatlichen Steuereinnahmen. Damit sind die Kommunen am Limit ihrer Möglichkeiten angekommen. Die für Bund und Land oder auf Wunsch des Bundes oder des Landes zu erfüllenden Aufgaben sind mit eigenen und dafür bereitgestellten Mitteln nicht mehr zu erfüllen. Die eigenen kommunalen Aufgaben werden immer stärker vernachlässigt, worunter insbesondere die Infrastruktur leidet und an Substanz verliert.

Diese Entwicklung und die daraus entstehende Verschuldung der Kommunen gefährdet nicht nur die kommunale Handlungsfähigkeit, sondern auch die Lebensqualität der Menschen. Ein Umsteuern gegen die Finanznot ist deshalb zwingend erforderlich. Die kommunalen Spitzenverbände haben ausreichend Vorschläge unterbreitet. In einem ersten Schritt sollte ein Aufgabenübertragungsverbot (keine weiteren Aufgaben mehr für die kommunale Ebene) verhängt werden. Die Einhaltung des Konnexitätsprinzips muss sichergestellt sein oder anders gesagt: wer die Musik bestellt, der muss sie auch bezahlen. Umgestaltungstatbestände darf es nicht mehr geben. Auch muss es eine Erhöhung des kommunalen Anteils an den Gemeinschaftssteuern geben und in Niedersachsen eine Erhöhung der Verbundquote im kommunalen Finanzausgleich. Die Kommunen sind bereit, die vielen Aufgaben, die vor ihnen liegen, zu erfüllen. Dafür benötigen sie aber eine auskömmliche Finanzausstattung, die nicht mehr gegeben ist. Es braucht nun ein schnelles Umsteuern!

Unsere Rede (gehalten von der sozialpolitischen Sprecherin Nornia Marcinkiewicz):

Sehr geehrte Kolleg*innen, Frau Oberbürgermeisterin Herr Ratsvorsitzender, liebe Gäste, heute bringen wir gemeinsam eine Resolution ein, die für uns als Kommune von zentraler Bedeutung ist: Es geht um die Stärkung der Städte und Gemeinden und um handlungsfähige Kommunen, die nicht länger unter strukturellem Finanzmangel leiden und gezwungen sind, auf Kosten der Daseinsvorsorge zu sparen.

Statt die Städte und Gemeinden als starke Säulen des gesellschaftlichen Zusammenhalts zu unterstützen, werden sie mit immer neuen Verpflichtungen konfrontiert, ohne dass Bund und Länder ihrer finanziellen Verantwortung gerecht werden. So kann es nicht weitergehen – die Kommunen brauchen endlich eine verlässliche und auskömmliche Finanzierung!

Besonders betonen möchten wir aber eine Sache: Wenn wir über die finanzielle Lage der Kommunen sprechen, dürfen wir nicht zulassen, dass Migration erneut als Sündenbock herhalten muss. In den letzten Jahren haben konservative und rechte Kräfte immer wieder versucht, den Eindruck zu erwecken, dass Menschen mit Flucht- oder Migrationsgeschichte eine finanzielle Belastung für Städte und Gemeinden seien. Doch das ist nicht nur zynisch – es ist auch schlichtweg falsch.

Denn die Realität sieht anders aus: Unsere Gesellschaft funktioniert nur, weil Migrant*innen tagtäglich in zentralen Bereichen arbeiten – in Krankenhäusern, in Pflegeeinrichtungen, in Kitas, in der Gastronomie, in der Logistik und im öffentlichen Nahverkehr. Ohne sie würden die Kommunen noch stärker unter dem Personalmangel leiden, der uns allen längst bewusst ist. Diejenigen, die fordern, in diesem Bereich zu kürzen, gefährden nicht nur das Leben der betroffenen Menschen, sondern auch die Stabilität unserer Städte und Gemeinden.

Starke Kommunen bedeuten soziale Gerechtigkeit – für alle, die hier leben. Denn eines ist klar: Eine starke Kommune bedeutet eine starke Gesellschaft. Eine Stadt, die investieren kann, ist eine Stadt, die Perspektiven schafft – für ihre Bürger*innen, für die Wirtschaft, für das soziale Miteinander.

Anstatt nach unten zu treten und sich an den Ärmsten bei einer Krise zu bedienen, kommt es für uns darauf an, die finanziellen Mittel dort einzusetzen, wo sie am dringendsten gebraucht werden: in Bildung, sozialer Infrastruktur, bezahlbarem Wohnraum und einer guten öffentlichen Daseinsvorsorge.

Deshalb fordern wir mit dieser Resolution eine Finanzpolitik, die den Städten und Gemeinden wieder echte Handlungsspielräume eröffnet – damit sie gestalten können, statt nur auf Krisen zu reagieren. Es geht um eine nachhaltige Absicherung kommunaler Strukturen, die allen Menschen zugutekommt.

Kontaktdaten

Fraktion Göttinger Linke im Rat der Stadt Göttingen

Neues Rathaus
Hiroshimaplatz 1 - 4
37083 Göttingen
Telefon 0551 - 400 2347

goelinke-ratsfraktion@goettingen.de

Fraktionsmitarbeiter:

Tim Schlaf

Öffnungszeiten des Büros:

Mi: 10.00 - 12.00 & 14.00 - 16.00 Uhr
Fr: 11.00 - 13.00 Uhr

Fraktionssitzung:

Mittwoch 17.00 - 18.00 Uhr (öffentlich)